



Demokratie statt Spekulation

Profiteure zur Kasse bitten, Banken verstaatlichen, Nachhaltigkeit durchsetzen

Eine linke Antwort auf die Finanzkrise

20.10.08

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär des Denknetz

Eine historische Zäsur

Die Finanzkrise erschüttert die Grundlagen des spekulativen Finanzkapitalismus und seiner neoliberalen Leitideologie. Sie droht die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit den 1930er Jahren zu stürzen. Aber auch die Linke kommt auf den Prüfstand. Ist sie in der Lage, Deutung und Erklärung zu bieten? Wie sehen glaubhafte Alternativen und Konzepte aus? Was muss die Linke tun, um Anspruch auf eine wirtschaftspolitische Führungsrolle erheben zu können?

Schon jetzt ist klar, dass die Krise eine historische Zäsur markiert. Im besten Fall - dann, wenn die Finanzmärkte durch eingeleiteten Rettungsmassnahmen zu einem „geordneten Funktionieren“ zurückfinden - wird die Rechnung für diese Rettungsaktionen den Gesellschaften erst noch präsentiert. Doch es ist weitaus wahrscheinlicher, dass die in Gang gesetzten Zerrüttungen noch nicht zu Ende sind. Noch hat die Krise die Realwirtschaft nicht richtig erfasst. Der Zerfall der Finanzmärkte dürfte sein ganzes Ausmass ebenfalls noch nicht offenbart haben. Einige Ökonomen befürchten, dass als nächstes die US-Kreditkarteninstitute ins Wanken geraten, weil sie zu viele und zu hohe Ausstände bei den KartennutzerInnen haben, die ihre Konten überzogen haben. Ebenso bedroht sehen einige die hohen Bestände an so genannten Alt-A-Hypotheken. Diese US-Hypotheken seien nur wenig solider ausgestattet als die Subprime-Hypotheken, und ihr Gesamtvolumen übersteige

dasjenige der Subprime-Papiere (Frédéric Lordon in Le Monde diplomatique vom Oktober 2008, Rosa-Luxemburg-Stiftung IIS Standpunkte 23/2008).

Die Krise erzeugt Verwerfungen, die alle Politikfelder betreffen: Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Familien-, Kulturpolitik. Die Macht- und Verteilungskämpfe zwischen sozialen Klassen sowie zwischen Ländern und Weltregionen werden an Schärfe gewinnen. Francis Fukuyama, ein führender Theoretiker des US-Bürgertums, betont diesen Punkt. Er streicht in einem aktuellen Artikel zur Finanzkrise heraus, warum er glaubt, Europa befinde sich gegenüber den USA im Nachteil: "In continental Europe, workers are still treated to long vacations, short working weeks, job guarantees and a host of other benefits that weaken their productivity and will not be financially sustainable". Auf deutsch: „In Kontinental-Europa genießen die ArbeiterInnen lange Ferien, kurze Wochenarbeitszeiten, Arbeitsplatzsicherungen und eine Fülle weiterer Vorzüge, die ihre Produktivität schmälern und die finanziell nicht nachhaltig sind“ (newsweek, 13.10.08).

Die Tiefe der Krise lässt sich auch daran ermessen, dass aus dem Nichts heraus und innerhalb von wenigen Tagen die Frage nach der Regulierung und Steuerung der Wirtschaft und nach den Eigentumsverhältnissen auf die politische Agenda gesetzt worden ist – nicht von der Linken, sondern von Regierungen, die damit den Kapitalismus retten wollen. Allerdings sind die Massnahmen von der Vorstellung getragen, es handle sich um Notoperationen, der Patient werde bald wieder genesen und danach könne sich der Staat wieder zurückziehen. Verstaatlichungen sollen vorübergehender Natur sein; grossen Einfluss auf die Geschäftspolitik wolle man – wenn überhaupt – nicht nehmen. Es ist allerdings offen, ob die bisherigen Eingriffe bereits den Umfang und die Tiefe erreicht haben, die notwendig sind, um weitere Einbrüche zu verhindern und das alltägliche Wirtschaftsgeschehen durch die ganze Krise hindurch aufrecht zu erhalten.

Die modernen Gesellschaften brauchen nicht Notoperationen, sondern ein erneuertes Fundament. Sollte sich die Krise vertiefen, und sollten die herrschenden Kreise in einer solchen Vertiefung die Orientierung verlieren, dann könnte genau dies für breite Schichten der Bevölkerung offensichtlich werden. Die Linke ist herausgefordert. Sie muss offensive Projekte vorbringen und alles daran setzen, die Vorherrschaft neoliberaler Macht zu brechen. Denn die Ausrichtung auf kurzfristig maximale Profite gefährdet nicht nur das alltägliche Funktionieren von Wirtschaft und der Gesellschaft, sondern auch die ökologischen Grundlagen und die elementare soziale Gerechtigkeit, ohne die keine nachhaltige Weltordnung geschaffen werden kann. Das Ziel muss nun lauten: Die Ökonomie ist der Demokratie einzuordnen. Es geht um die nachhaltige Umverteilung gesellschaftlicher Reichtümer und die Verlagerung gesellschaftlicher Kontrolle: Weg von den privaten Kapitaleignern und Spekulanten, hin zu einer demokratisch gesteuerten ökosozialen Wirtschaft, hin zu Genossenschaften und andern Non-Profit-Organisationen, hin zu einem tragfähigen Sozialstaat und zu einem soliden Service public. Die Linke muss nicht nur die Kraft aufbringen, dem ankündigen Lohn- und Sozialabbau entgegenzuhalten, und sie muss auch danach trachten, ins Räderwerk der Wirtschaft einzugreifen. Nur so wird sie die Menschen glaubhaft dafür mobilisieren können, sich in die Krisenbewältigung einzubringen. Und nur solche Mobilisierungen werden verhindern, dass die herrschenden Kreise ihre Privilegien und ihre Machtpositionen verteidigen.

Milliarden an Steuergeldern zur Sicherung der Boni: Die Dreistigkeit stoppen

Der Gewinn der UBS betrug im Jahr 2006 12.3 Milliarden Franken. Sie verteilte im gleichen Jahr 12.4 Milliarden an Boni – 53% der gesamten Personalausgaben. Im nächsten Jahr schrieb die UBS bereits einen Verlust von 4,4 Milliarden Franken. Doch die Summe der Boni belief sich auch 2007 auf 12.1 Milliarden Franken (49% aller Personalkosten). 2008 nun soll die UBS vom Staat mit 6 Milliarden Franken rekapitalisiert werden und gleichzeitig ihre Bestände an faulen Wertpapieren im Umfang von 62 Milliarden an eine von der Nationalbank eingerichtete Auffanggesellschaft abtreten können. Thomas Held, Direktor des wirtschaftsnahen Think Tanks Avenir Suisse, erinnert an frühere Rettungsaktionen zugunsten der Berner und der Genfer Kantonalbank, bei denen nur etwas mehr als die Hälfte der faulen Schulden habe verwertet werden können. Er hält es für durchaus möglich, dass die Auffanggesellschaft 15 Milliarden Dollar Verluste einfahren wird (Tages-Anzeiger vom 20.10.08).

In dieser Situation hat die UBS die Dreistigkeit davon auszugehen, dass auch im Jahr 2008 mehrere Milliarden Franken an Boni ausbezahlt werden sollen – die Schätzungen variieren zwischen fünf und sieben Milliarden. Mit andern Worten: Die Boni der UBS-Abzockergilde sollen mit Steuergeldern gesichert werden. In den USA wird von ähnlichen Verhältnissen berichtet. Dies ist an Dreistigkeit wohl kaum mehr zu überbieten und vermittelt einen Geschmack davon, mit welcher Selbstverständlichkeit die kapitalistische Elite ihre Privilegien erhalten will. Die Linke und insbesondere die Gewerkschaften müssen es sich zum Ziel setzen, eine solche Abzockerei zu verhindern: Kein Rappen Boni und eine Limitierung der Saläre auf maximal Fr.300'000.-! Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, muss das Rettungspaket mit allen Mitteln zu Fall gebracht werden. Zur Durchsetzung dieser Forderung dürfte man durchaus auch über landesweite Streikaktionen nachdenken. Diskussionen darüber, wie hoch denn die Boni dieses Jahr noch sein dürfen, sind einfach obszön. Allenfalls ist zu prüfen, ob die tiefen Salärgruppen unter den Bankangestellten eine Lohnanpassung benötigen. All dies ist keineswegs eine nebensächliche Frage. Es geht um mehrere Milliarden Franken, und es geht darum, welche Standards nun im anlaufenden Verteilungskampf gesetzt werden.

Paradigmenwechsel

Die Krise bringt die neoliberalen Gewissheiten ins Wanken. Sie ist tief genug, um bei vielen Leuten die Bereitschaft auszulösen, neu über die Welt nachzudenken. Ein Paradigmenwechsel ist angezeigt. Die Linke kann dabei zur führenden Kraft werden, wenn sie es versteht,

- in den einsetzenden Verteilungskämpfen Erfolge zu erzielen und der fortlaufenden Abzockerei einen Riegel zu schieben,
- auf die unmittelbar aktuellen Fragen (Ausgestaltung von „Rettungspaketen“, Bekämpfung der Rezession usw.) glaubwürdige Forderungen zu entwickeln,
- eine Politik gezielter Mobilisierungen einzuleiten und dabei Forderungen ins Zentrum zu stellen, die sie durchsetzen kann und will,
- die Falle zu meiden zum Gefangenen nationalegoistischer kapitalistischer Politik zu werden,
- ein auf mittlere Sicht ausgelegtes Forderungs- und Massnahmenpaket zu entwickeln, das die Neuordnung der Finanzinstitute mit dem ökosozialen Umbau der Gesellschaft verknüpft.

Der vorliegende Text macht Vorschläge für ein solches Massnahmenpaket:

- Stärkung der Arbeitslosenversicherung, bei Bedarf Verlängerung der Bezugsdauer.

- Stärkung und Ausbau des Service public, Schaffung neuer Arbeitsplätze (Bildung, Gesundheit, familienergänzende Kinderbetreuung und so weiter).
- Steuerpolitische Wende: Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer, Verstärkung der Progression bei hohen Einkommen und Vermögen, Einführung der Kapitalgewinnsteuer.
- Abschaffung des Bankgeheimnisses bei Steuerhinterziehung.
- Verpflichtung der Schweiz auf eine Aussenpolitik, mit der eine Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte und die weltweit koordinierte Wiedereinführung der Kapitalverkehrskontrollen gefördert und der weltweiten Steuerflucht ein wirksamer Riegel geschoben wird.
- Entwicklung eines Programms für den ökosozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, basierend auf einem demokratisch geführten Finanzierungssystem
- Verpflichtung der Wirtschaft zur Einhaltung des Best-Practice-Prinzips bezüglich Nachhaltigkeit und sozialen Zielen

Die Grundzüge der Krise sind leicht verständlich

Die Begriffswelt der Finanzmärkte wirkt auf viele Leute abschreckend und vermittelt den Eindruck, die Abläufe seien nur für ExpertInnen verständlich. Es ist jedoch nicht nötig, die Sprache des Finanzkapitals zu sprechen, um die Grundzüge der gegenwärtigen Krise zu verstehen. Diese Sprache der Financer beschreibt die internen Mechanismen einer künstlich geschaffenen Welt, die sich verselbstständigt hat und die nun auf ihre realen Gegebenheiten zurückgestuft wird. Diese realen Gegebenheiten lassen sich ohne Finanzmarktlatein verstehen.

Der Kern der Krise liegt in den chronischen Kapitalüberschüssen der letzten dreissig Jahre. Die Gesamtheit der verfügbaren Gelder ist zu hoch, gemessen an den Investitionsmöglichkeiten, die für privates Kapital von Interesse sind. Gäbe es genügend gewinnversprechende Investitionsmöglichkeiten für den Bau neuer Fabriken, für neue Informatiklösungen, für die Entwicklung von Produkten und so weiter, dann würde das verfügbare Kapital von solchen Möglichkeiten absorbiert. Da dies aber nur in ungenügender Masse der Fall ist, entstehen Kapitalüberschüsse, und diese wiederum bilden die Basis für die spekulativen Geschäfte auf den Finanzmärkten.

Wer mit Sand spielen will, braucht Sand, selbst wenn er in der Lage ist, jedem einzelnen Sandkorn zehn oder noch mehr virtuelle Körner anzuhängen. Wer Finanzgeschäfte tätigen will, braucht Geld, auch wenn er in der Lage ist Produkte zu kreieren, bei denen nur noch auf Veränderungen der zugrundeliegenden Gelder gewettet wird. Der virtuelle Überbau der Finanzmärkte nimmt in Phasen der spekulativen Überhitzung enorme Ausmasse an und verselbstständigt sich weit gehend. Es ist wahr: Die Renditevorgaben der Investoren und die Zinserwartungen der Anleger schrauben sich dabei gegenseitig in Schwindel erregende Höhen. Es ist wahr: Die Boni heizen die Risikobereitschaft zusätzlich an und erzeugen eine unersättliche Gier nach noch mehr. Es ist wahr: Solange dabei die kurzfristigen Gewinnerwartungen der Financiers erfüllt werden, wird der nüchterne Verstand betäubt. Sobald die Spekulationsblasen platzen, erscheint es deshalb so, als bestünden alle Schwierigkeiten nur in der Verselbständigung der Finanzmärkte und in der Abzockermentalität. Und doch folgt auf jede Blase die Krise, und auf jede Krise eine nächste Blase. Das ganze System wird deshalb immer wieder

hochgefahren, weil sich die Anleger der oben beschriebenen Kapitalüberschüsse immer wieder von neuem auf einer „gierig-verzweifelten“ Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten befinden. Deshalb sind sie jedes Mal wieder bereit, ihre Gelder in spekulative Finanzanlagen oder in überhöhte Immobilienpreise anzulegen. Deshalb entstehen immer wieder von neuem Unmengen ungedeckter Wertpapiere und Kredite, die dann in der Krise abgeschrieben werden müssen.

Kapitalüberschüsse und Nachfrangelücke

Der Kern der Krise drückt sich auch darin aus, dass die Gesamtheit der Löhne seit Jahren hinter der Ausweitung der Produktion zurückgeblieben ist. Dieser zweite Grund ist das Spiegelbild des ersten. Die globalisierte Konkurrenz führt dazu, dass die Unternehmen ihre Lohnkosten senken. Dadurch steigen zwar die Gewinne. Gleichzeitig aber werden die Löhne von der Entwicklung der Produktivität abgekoppelt. Die produzierten Güter und Dienste müssen aber verkauft werden, damit die Unternehmen Einkünfte erzielen. Da dafür jedoch die Kaufkraft dafür ungenügend ist, entsteht ein Überschuss an Waren und Dienstleistungen. Um diese Nachfrangelücke zu schliessen, sind vor allem in den USA sehr viele Konsumkredite vergeben worden, unter anderem in Form von wenig soliden Hypothekenschuldscheinen, den so genannten subprime-Hypotheken (subprime heisst „unterhalb des Erstrangigen“). Die Botschaft lautete: Nimm günstige Hypotheken auf dein Haus auf und gib diese Gelder für deine Konsumbedürfnisse aus. Die Summe aller US-Subprime-Hypotheken liegt bei 855 Mia Dollar, und die Summe der ebenfalls noch risikoreichen Alt-A-Hypotheken (zwischen den Subprime- und den Prime-Hypotheken positioniert) beläuft sich auf 1000 Mia Dollar (London, le Monde diplomatique). Stark vereinfacht gesagt haben die US-BürgerInnen auf Pump die Waren konsumiert, die von den Chinesischen Lohnabhängigen zu Tiefstlöhnen produziert worden sind. Letztere verfügen der tiefen Löhne wegen bei weitem nicht über die nötige Kaufkraft, die selbst produzierten Güter zu kaufen. Im Vorfeld der sogenannten Subprime-Krise hat sich diese künstliche Kaufkraftbelebung durch Konsumkredite mit den anlagesuchenden Kapitalüberschüssen nun zu einer explosiven Mischung verknüpft. Um möglichst viele Subprime-Hypotheken finanzieren zu können, lancierten die US-Finanzinstitute Subprime-basierte Wertpapiere, die auf den Finanzmärkten platziert und von diesem willig aufgenommen wurden. Dieses Kartenhaus fiel im Sommer 2007 in sich zusammen und löste die gegenwärtige Finanzkrise aus.

Ohne Neuverteilung des Reichtums keine Bewältigung der Krise

Seit Jahrzehnten predigt die neoliberale Elite, es sei gefährlich, dem Staat zu viele Mittel zukommen zu lassen. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Es ist gefährlich, den Kapitaleignern hohe Gewinne zu ermöglichen, und es ist gefährlich, ihnen zu viele Geschäftsfelder zu überlassen. Im Kapitalismus sind die privaten Gewinnaussichten das alles entscheidende Motiv für Investitionsentscheide. Dies allein schafft Widersprüche und Probleme genug (Soziale Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit, Klimaerwärmung, Umweltverschmutzung, Hunger). Zusätzlich kommt es periodisch zu Gewinnüberschüssen, die das Finanzsystem virtuell aufblähen und gefährliche Systemeintrübe

provozieren. Eine erfolgsversprechende Wirtschaftspolitik zielt deshalb darauf ab, dem Kapital möglichst hohe Geldmengen und möglichst viele Geschäftsfelder zu entziehen.

Die Linke muss sich in der Steuerfrage aus der Defensive herausarbeiten und hohe Steuersätze auf Unternehmensgewinne, auf grosse Erbschaften und hohe Einkommen fordern. Konkret: Der Bund führt die Erbschaftssteuer auf hohen Erbsummen ein. Er hebt die Progression der direkten Bundessteuer für Einkommen über Fr.150'000.- deutlich an. Diejenigen Anteile an Gehältern und Boni, die eine Höhe von 1 Mio Fr. überschreiten, werden zu mindestens 70% steuerlich abgeschöpft. Ebenso führt der Bund eine Kapitalgewinnsteuer ein. Die Kantone werden zu einer progressiven Gestaltung ihrer Steuersysteme verpflichtet, die Unternehmenssteuer wird national geregelt. Zur unmittelbaren Bewältigung der Finanzkrise ist eine Sondersteuer auf hohe Einkommen und Vermögen einzurichten.

Reichtum besteuern heisst rückverteilen, nicht umverteilen

Neulich sagte CVP-Präsident Christophe Darbellay in einer Radiosendung: „Die CVP ist bürgerlich, weil wir wissen, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann.“ Obwohl Darbellay den Satz nicht weiter erläuterte, war sofort klar, was er aussagen wollte. Die Botschaft liegt nicht in der sachlichen Aussage, die ja von beträchtlicher Banalität ist. Die Botschaft entsteht erst durch den impliziten Umkehrschluss: Die Linke kümmert sich nicht darum, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Die Linke will die Sozialleistungen, die Löhne und die Staatsausgaben ständig erhöhen, ohne sich darum zu kümmern, woher das Geld kommt. Sie will die Wirtschaft ständig melken, ohne deren Leistungsgrenzen zu berücksichtigen.

All dies brauchte Darbellay nicht weiter auszuführen. Die Selbstverständlichkeit, mit der er verstanden wird, ist wirklich bemerkenswert. Sie verdeutlicht, wie gut der bürgerliche Vorwurf an die Linke in der Öffentlichkeit verankert, wie sehr er in den durchschnittlichen „gesunden Menschenverstand“ eingesunken ist. Hier die verantwortungsbewussten Bürgerlichen, die das Ganze im Auge haben, dort die verantwortungslose Linke, die ständig die hohle Hand macht und dem Volk vorgaukelt, es liesse sich das Staatsparadies auf Erden finanzieren.

Im Satz des CVP-Präsidenten verbirgt sich allerdings eine gravierende Unterstellung. Diese lautet: Derjenige, der den Franken einkassiert, hat diesen auch verdient. Doch genau dies ist nicht der Fall, was die Finanzkrise entgültig veranschaulicht haben dürfte. Es ist offensichtlich, dass die Gewinne, Spitzengehälter und Boni von den Bank-Managern und Finanzjongleuren zwar einkassiert, aber eben nicht „verdient“ worden sind. Dasselbe gilt auch für andere Wirtschaftsbereiche. Deshalb braucht es den Gegen-Satz zu Darbellay. Er lautet: Wir sind links, weil wir wissen, dass jeder Franken zuerst erarbeitet werden muss, bevor er „verdient“ werden kann. Wir sind links, weil wir wissen, dass diejenigen, die heute abkassieren, nicht diejenigen sind, die die Substanz erarbeitet haben. Dass die Menschen, die die Werte erarbeiten, im Kapitalismus davon nur einen Bruchteil erhalten. Der andere Teil landet bei den Unternehmen, den Kapitalbesitzern und den Lohn-Abzockern. Deshalb sind Steuern auf hohen Einkommen und Vermögen, auf Unternehmens- und Kapitalgewinne mehr als gerechtfertigt: Sie sind keine Umverteilung, sondern eine Rückverteilung.

Bankgeheimnis für Steuerfluchtgelder abschaffen

Ein verbessertes Steuersystem lässt sich wesentlich einfacher einführen, wenn dabei international koordiniert vorgegangen wird. Steuerflucht kann nur so verhindert werden. Die Schweiz muss sich deshalb auf internationaler Ebene für die obigen Steuerreformen einsetzen. Als erste Schritte schafft sie sofort das Bankgeheimnis für Steuerfluchtgelder ab (das heisst sie macht die Steuerhinterziehung zu einem Officialdelikt) und verhilft so den betroffenen Staaten zu den Steuergeldern, die ihnen via Schweizer Banken heute entzogen werden. Gleiches gilt für die Pauschalbesteuerungen reicher Ausländer, die ebenfalls zu Steuerhinterziehungen im grossen Massstab führen. Diese beiden Massnahmen sind ein starkes Signal der Solidarität an die Weltöffentlichkeit.

Die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist auch für die hiesige Realwirtschaft wichtig, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Schweiz erneut massive Gelder anzieht, wie dies in Finanzkrisen schon verschiedentlich der Fall war. Dadurch würde der Schweizer Franken verteuert, was die Exportindustrie erheblich schädigt. Die Abschaffung des Bankgeheimnisses führt zudem zur erwünschten Redimensionierung des Schweizer Bankplatzes. Die gegenwärtige Krise zeigt, wie angebracht dieser Schritt ist.

Internationale Regulierung, Wiedereinführung strenger Kapitalverkehrskontrollen

In den Rettungsaktionen, die gegenwärtig etabliert werden, werden Rechnungen aufgemacht, deren Begleichung in den Sternen steht. Sollte sich erweisen, dass die gesprochenen Gelder von weltweit über 2 Billionen Dollar zu hohen Teilen wirklich auch beansprucht werden, dann wird dies zu enormen Problemen führen. Werden diese Gelder durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung gedeckt, dann drohen Einbrüche in der Solidität der Staatsverpflichtungen oder gar der Staatsbankrott. Der Zerfall würde auf die Staaten selbst übergreifen; in einem solchen Fall gäbe es kein Halten mehr, Die Weltwirtschaft würde kollabieren. Island möge diesbezüglich eine frühe Warnung sein. Werden die Kosten hingegen auf die breiten Bevölkerungsschichten überwält, dann kommt es zu Einbrüchen in der Nachfrage und zu einer beträchtlichen Verschärfung der sich ohnehin abzeichnenden Rezession. Die Finanzelite und die Kapitalisten werden alles daran setzen, ihre Schäfchen im Trockenen zu halten Mit welcher Dreistigkeit sie die Wahrung ihrer Privilegien in Anspruch nehmen, lässt sich anhand des Boni-Skandals verfolgen.

Es ist zweifellos richtig, die künftigen Geschäftsgebaren der Finanzinstitute eng zu regulieren und zu kontrollieren. Die Banken müssen auf ihre gesellschaftliche Grundfunktion zurückgeführt werden, die darin besteht, gesparte Geldbeträge so umzulegen, dass sie in gesellschaftlich sinnvolle Vorhaben investiert werden können. Finanzprodukte (Derivate) und Geschäfte mit Hebelwirkung, die lediglich der Spekulation dienen, sind zu verbieten. Es müssen genügend Eigenkapitalwerte und Rücklagen zur Sicherung der kleinen Vermögen vorgeschrieben werden. Das Finanzkapital hat sich in der Vergangenheit allerdings als überaus erfinderisch erwiesen, wenn es darum ging, bestehende Regulierungen zu umgehen. Solange die internationalen Finanzströme dereguliert bleiben, stehen dafür Tausend Hintertüren offen. Deshalb kommt bei einer Re-Regulierung auf internationalen Ebene entscheidende Bedeutung zu. Wirksam ist insbesondere die Wiedereinführung rigoroser Kapitalverkehrskontrollen zwischen den Ländern. Solche Kontrollen erlauben die globale

Redimensionierung der Finanzmärkte auf ein Mass, das den Erfordernissen der Realwirtschaften entspricht. Sie ermöglicht die dauerhafte Austrocknung der Off-shore-Finanzplätze und erlaubt es den einzelnen Ländern, ihre Wirtschaftspolitik auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse auszurichten. Die Einfuhr von Kapital in ein Land kann an soziale und ökologische Auflagen gekoppelt werden, und spekulativ oder politisch motivierte Kapitalflucht wird verhindert. Kapitalverkehrskontrollen machen es wesentlich leichter, die Landwirtschaftspolitik auf das Prinzip der Ernährungssouveränität auszurichten, einer zentralen Voraussetzung für die nachhaltige Eindämmung von Hunger und Mangelernährung. Wenn heute von einem zweiten Bretton Woods die Rede ist, dann müssen solche Kapitalverkehrskontrollen darin an zentraler Stelle verankert werden.

Was hat der Service public mit der Finanzkrise zu tun?

Seit Jahren betreiben die Bürgerlichen eine Politik der Deregulierung der Öffentlichen Dienste. Ein massgeblicher Motor für diese Bestrebungen sind die Kapitalüberschüsse, die wir bereits als Quelle der Finanzkrise beschrieben haben. Sämtliche Bereiche, die sich profitabel betreiben lassen, sollen aus dem Service public herausgelöst werden, und die Versorgungssysteme sollen so umgestaltet werden, dass möglichst viele solcher profitablen Segmente neu geschaffen können. Ein Beispiel: Seit Jahren wird darauf hingearbeitet, das Gesundheitswesen nach „marktwirtschaftlichen Kriterien“ umzugestalten. Ziel ist es, möglichst viele profitorientierte Privatspitäler, Kliniken, Pflegeorganisationen, Krankenkassen und Ärztenetze zu schaffen. Die USA bieten Anschauungsunterricht, wohin eine solche Politik führt. Die US-BürgerInnen sind gezwungen, pro Kopf weltweit deutlich am meisten für Gesundheitsleistungen auszugeben; trotzdem sind sie mit beträchtlichen qualitativen Mängeln und einer unsozialen Zweiklassenmedizin konfrontiert.

Die Bürgerlichen behaupten seit Jahren mit eiserner Beharrlichkeit, der Staat sei a priori viel weniger effizient als die Privatwirtschaft, und deshalb müsse man die Steuern tief halten und den Service public deregulieren. Eine breit angelegte, internationale Literaturarbeit des Konjunkturforschungsinstitutes (KOF) der ETH Zürich, die die Ergebnisse der gängigen Studien zur wirtschaftlichen Effizienz des Service public zusammenfasst, hält folgendes fest: „Das eindrücklichste Resultat dieser Forschung ist die Schwierigkeit, einen robusten negativen Effekt der Steuerbelastung für das Wirtschaftswachstum zu finden. Das erstaunt vor allem, da die theoretischen Erwartungen diesbezüglich so eindeutig sind“ (Andres Frick et al, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Service public in der Schweiz, Zürich 2006, S. 53). Mit andern Worten: hohe Steuern und ein gut ausgebauter Service public sind gesamtwirtschaftlich genau so effizient wie die Privatwirtschaft, und dies, obwohl staatlich geführte Unternehmen in der Regel bessere und sicherere Arbeitsbedingungen anbieten als vergleichbare private Arbeitgeber. Damit soll nun nicht der Umkehrschluss unterstellt werden, wonach jede Form von Staat und Staatlichkeit a priori gut sei. Staat ist nicht gleich Staat. Doch die Stossrichtung ist klar und lautet, möglichst viele Ressourcen in den Zugriffsbereich demokratischer Steuerung zu rücken.

Ins Räderwerk der Realwirtschaft eingreifen

Es ist richtig dafür zu sorgen, dass die Gewinnmargen in der Finanzwirtschaft nicht höher sein können als diejenigen der sogenannten Realwirtschaft. Wir haben erläutert, was dafür nötig ist: Die Eliminierung überschüssiger und unproduktiver Liquidität durch gerechtere Verteilung und durch Re-Regulierung. In der sich anbahnenden Krise der Gesamtwirtschaft reicht es nun aber nicht aus, die Realwirtschaft gegen die Abzocker der Finanzwirtschaft zu verteidigen. Gemäss der Global-500-Liste

des US-amerikanischen Wirtschaftsmagazins Fortune sind im Jahr 2007 neun der zehn umsatzstärksten Weltkonzerne der Realwirtschaft im Auto- oder Erdölgeschäft tätig. Auf der Liste des deutschen Handelsblattes tauchen unter den 50 weltweit umsatzstärksten Konzernen 13 Erdöl- und 10 Autofirmen auf. Bereits ist einer dieser Giganten ins Taumeln geraten: Der grösste US-Autokonzern General Motors schreibt gegenwärtig jeden Monat Verluste von über eine Milliarde Dollar. Und bereits drängen einige Europäische Regierungen (Italien, Polen) darauf, die ohnehin ungenügenden klimapolitischen Ziele der EU zu verwässern – man könne sich solches angesichts der Finanzkrise zur Zeit nicht leisten. Das Ziel der Linken kann nicht darin bestehen, einen real existierenden Kapitalismus zu retten, der Motor wachsender Ungerechtigkeiten und bedrohlicher Umweltzerstörungen ist und der systematisch bedrohliche Interessensgegensätze erzeugt. Würde die Linke sich auf die Rettung der Realwirtschaft beschränken, dann würde sie Gefahr laufen, sich zum Gefangenen der internationalen Konkurrenz zu machen und sich national- und unternehmens-egoistischen Sonderinteressen unterzuordnen.

Die gegenwärtige Krise bietet die Chance, direkt ins Räderwerk der Wirtschaft einzugreifen und dabei die Kriterien der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit zu den bestimmenden Kriterien der weiteren Entwicklung zu machen. Verstaatlichen ist wieder salonfähig geworden. Damit kann die Grundlage geschaffen werden dafür, dass die Wirtschaft unter demokratische Kontrolle gebracht wird. Der Ankerpunkt: Die zu rettenden Banken und Finanzinstitute werden der politischen Kontrolle unterstellt. Diese Kontrolle übt ein Wirtschaftsrat aus, der von der Bevölkerung gewählt wird und der den Grundauftrag erhält, Kreditvergabe und Geschäftspolitik nach ökologischen und sozialen Leitkriterien zu gestalten. Dadurch werden zentrale wirtschaftliche Entscheide der öffentlich-demokratischen Auseinandersetzung zugeführt.

Dies allein reicht noch nicht aus. Mindestens zwei weitere Schritte sind nötig. Der Wirtschaftsrat muss nicht nur über die Kriterien zur Vergabe von Krediten bestimmen, er muss auch über einen Investitionsfond verfügen, mit dem er die Anstossfinanzierung eines ökosozialen Umbaus der Wirtschaft sichern kann und dessen Leistungen nicht verzinst werden müssen. Ohne eine solche Starthilfe kommen viele Vorhaben nicht vom Fleck. Zweitens muss das Best-Practice-Prinzip etabliert werden: In jedem Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich wird jenen Standards nachgelebt, die die derzeit jeweils besten Werte hinsichtlich Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit erzielen. Übergangsfristen für die Umstellung sind so kurz wie möglich anzusetzen. Wie wirksam die Anwendung dieses Prinzips ist, hat sich Mitte der 80er Jahre am Beispiel des Katalysators gezeigt. Damals war der Druck der umweltpolitisch sensibilisierten Bevölkerung genug hoch, um innerhalb kürzester Zeit die Ausstattung aller Neuwagen mit einem Katalysator durchzusetzen - weltweit. Auf diese Weise konnten die Stickoxid-Werte in der Schweiz im Zeitraum von 1985 bis 1995 halbiert werden, und sie sanken danach weiter ab.

Eine solches Szenario mag zur Zeit noch als Wunschdenken erscheinen. Sollte sich jedoch die Krise vertiefen, können solche Konzepte rasch an Aktualität und an Glaubwürdigkeit gewinnen. Ein Einstieg in die Grundidee, die der Wirtschaft an gesellschaftlich erwünschten Leitvorstellungen auszurichten, gelingt bereits dann, wenn die zur Zeit geforderten staatlichen Konjunkturprogramme an ökosoziale Kriterien geknüpft und deren Umsetzung aktiv kontrolliert wird.

Sozialversicherungen: Arbeitslosenversicherung und Pensionskassen vorrangig betroffen

Die sich anbahnende Rezession wird die Zahl der Arbeitslosen anwachsen lassen. Zur Zeit sind Bestrebungen im Gang, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu kürzen. Dieser Abbau ist vollumfänglich zu sistieren. Die ausreichende Finanzierung der Arbeitslosenkasse muss dadurch sichergestellt werden, dass die Beiträge auf dem gesamten Einkommen erhoben werden – ohne Obergrenze. Analog zur AHV sollen Nichterwerbstätige im erwerbsfähigen Alter proportionale zu ihrem Vermögen an die ALV bezahlen – was beispielsweise Herrn Ospel zu einem Obulus verpflichten wird. Auf die Einkommen über Fr.300'000.- ist ein Solidaritätsbeitrag an die ALV zu erheben.

Die Finanzkrise bedroht diejenigen Teile der Altersvorsorge, die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhen. In der zweiten Säule werden die Leute in der Schweiz verpflichtet, im Verlauf eines Erwerbslebens beträchtliche Geldsummen anzusparen. Diese Geldmittel müssen von den Pensionskassen auf den Finanz- und Immobilienmärkten angelegt werden. Allein in der Schweiz sind so rund 650 Mia Franken angehäuft worden; weltweit sind es rund 30 Billionen Dollar. Diese Gelder machten 2007 einen Anteil von 27.4% aller weltweiten Vermögenswerte aus (Zahlen aus Absturz der Finanzmärkte – Sofortprogramm von ver.di. Oktober 2008). Diese Zwangssparguthaben erhöhen das unter Punkt 2 beschriebene Überangebot an Geldern auf den Finanzmärkten und verschärfen somit die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems. Die Altersvorsorge ist deshalb sukzessive auf das Umlageverfahren umzustellen, indem die AHV ausbaut und die Pensionskassen abgebaut werden. Bei jeder neuen Einzahlung in Pensionskassen muss geprüft werden, ob sie nach dem Umlageverfahren bewirtschaftet werden kann. Von den bereits angesparten Geldern ist ein möglichst hoher Anteil in die Zukunftswirtschaft einzubringen.

Literatur und Hinweise

Jörg Huffs Schmid et al.
 Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter
 VSA-Verlag, Hamburg 2007
 Huffs Schmid gibt in dem schmalen Bändchen auf rund 40 Seiten eine ausgezeichnete und gut verständliche Einführung in die internationalen Finanzmärkte

Frédéric Lordon
 Schulden für alle, Le Monde diplomatique (Schweizer Ausgabe) vom Oktober 2008.
 Lordon schildert anschaulich den bisherigen Verlauf der Krise und ihre Dynamik.

Daniel Lampart
 Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft: Gerech und ökonomisch notwendig, SGB Medienkonferenz vom 17.10.08
http://www.sgb.ch/d-download/081017_daniel-lampart.pdf
 Lampart legt dar, mit welchen Mitteln rasch eine Stützung der Kaufkraft erreicht wird

ver.di
 Absturz der Finanzmärkte. Sofortprogramm von ver.di
http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen/data/08-07_absturz_finanzmaerkte.pdf
 Interessantes Zahlenmaterial, Sofortprogramm zur Stabilisierung der Finanzmärkte

newsweek Ausgabe vom 13. Oktober 2008
 Titel „The future of capitalism“
 Interessante strategische Überlegungen von Exponenten des US-Kapitalismus, u.a. Francis Fukuyama

Die Weltwoche Ausgabe vom 16.10.08
 Titel: „la crise n'existe pas“.
 Belegt, wie wenig die neoliberalen Exponenten (u.a. Gerold Bührer, Sivio Borner) die Krise des eigenen Systems verstehen